

Thomas Kunze/Michail Logvinov*

Islamistische Bedrohungen für Zentralasien

Das Ende des ISAF-Einsatzes

Am 31. Dezember 2014 endete offiziell der Kampfeinsatz der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (*International Security Assistance Force*, ISAF) in Afghanistan. Einen Tag später, am 1. Januar 2015, begann die ebenfalls NATO-geführte „*Resolute Support Mission*“ (RSM). Bei diesem neuen Sicherheitsabkommen mit der afghanischen Regierung handelt es sich um mehr als eine bloße Namensänderung der Mission. Im Zuge des ISAF-Abzugs verbleiben nach Angaben der NATO nur noch 13.195 Soldaten (von ehemals 87.207 im August 2013)¹ aus 42 teilnehmenden Nationen in Afghanistan, wobei die größten Truppensteller die USA (mit 6.839 Soldaten), Georgien (885) und Deutschland (850) sind. Nachdem die Aufgabe der Sicherheitsunterstützung und Verteidigung Afghanistans wieder auf die nationalen afghanischen Sicherheitskräfte übertragen worden war, übernahmen die NATO-Truppen nun die Funktion von Ausbildern sowie Militär- und Sicherheitsberatern.² Die NATO-Verteidigungsminister hatten sich im Juni 2013 darauf festgelegt, dass die Soldaten keine kämpfende Rolle mehr einnehmen sollten.³

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist nach wie vor prekär. Zwar sind die Taliban durch den internationalen Einsatz geschwächt, aber vertrieben sind sie nicht. Ob die lokalen Sicherheitskräfte dieser Herausforderung gewachsen sind, ist in Frage zu stellen. Die afghanischen Soldaten gelten als unzureichend ausgebildet und die Zahl der Deserteure ist hoch. Die Zahl der Verluste an Sicherheitskräften, die in den ersten zwei Quartalen 2014 bereits als kritisch angesehen wurde, hat sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 noch einmal um 50 Prozent erhöht. Rund 4.100 afghanische Soldaten und Polizisten wurden getötet und über 7.800 verwundet.⁴ Die politischen Machtver-

* Der Beitrag beruht z.T. auf: Thomas Kunze/Michail Logvinov, Zentralasien vor dem ISAF-Abzug aus Afghanistan, in: KAS Auslandsinformationen 12/2013, S. 49-74.

1 Vgl. NATO/ISAF, International Security Assistance Force (ISAF): Key Facts and Figures, 1. August 2013, unter: <http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat.pdf>.

2 Vgl. NATO/RS, Resolute Support Mission (RSM): Key Facts and Figures, Juni 2015, unter: http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2015_06/20150622_2015-06-RSM-Placemat.pdf.

3 Vgl. Karen Parrish, NATO Defense Ministers Set Post-2014 Afghanistan Mission, American Forces Press Service, Brüssel, 5. Juni 2013, unter: <http://defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=120218>.

4 Vgl. Joseph Goldstein, Afghan Security Forces Struggle Just to Maintain Stalemate, in: New York Times, 22. Juli 2015, unter: <http://www.nytimes.com/2015/07/23/world/asia/afghan-security-forces-struggle-just-to-maintain-stalemate.html>.

hältnisse scheinen noch nicht stabil genug, um einen Sturz der Regierung oder zumindest eine Untergrabung ihrer Autorität auszuschließen.

Islamistischer Terrorismus und Dschihad: die größten Gefahren für Zentralasien

Der Abzug der ISAF-Truppen stellt die Nachbarländer Afghanistans, die postsowjetischen Staaten Zentralasiens, vor sicherheitspolitische Herausforderungen. Zwar halten die säkularen Machthaber in den überwiegend autoritär regierten Staaten Zentralasiens die islamistische Gefahr unter Kontrolle, dennoch wächst die Angst vor islamistischem Terror. Die Gefahr, dass radikalislamistische Gruppierungen das Machtvakuum in Afghanistan nutzen und sich islamistischer Terror auf die zentralasiatischen Länder ausbreiten könnten, ist latent vorhanden. Wenn sich Afghanistan erneut zu einem Hort des radikalislamistischen Terrorismus entwickelt, könnte dies auch die zentralasiatischen autoritär-säkularen Systeme destabilisieren.

Schon einmal haben islamistische Gruppierungen in Zentralasien versucht, Regierungen zu stürzen. Bereits während des sowjetischen Afghanistankrieges (1979-1989) hatten sie Hand in Hand mit den Mudschaheddin, aus denen später die Taliban hervorgingen, gegen die „sowjetischen Gottlosen“ gekämpft. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion engagierten sich missionsaktive Staaten und Organisationen der islamischen Welt für „vergessene Muslime“. Dazu gehören beispielsweise Saudi-Arabien, die türkische *Nurcular*-Bruderschaft sowie pakistanische Organisationen. Sie stellten sowohl finanzielle als auch „ideelle“ Hilfe zur Verfügung. Das persischsprachige Tadschikistan konnte auf iranische Unterstützung zählen. Zwar stand die Bevölkerung der früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken dem militanten Islamismus überwiegend ablehnend gegenüber, doch konnten islamistische Gruppen wie die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) genügend Anhänger rekrutieren, um aus Afghanistan gesteuerte Terrorakte in Zentralasien erfolgreich durchzuführen. Ihre Durchschlagskraft verdankten die militanten Islamisten nicht zuletzt der Unterstützung durch die Taliban und Al-Qaida.

Im strategischen Kalkül Al-Qaidas wurde der zentralasiatischen Region, dem Kaukasus und der von muslimischen Uiguren besiedelten chinesischen Provinz Xingjiang eine große Bedeutung zugeschrieben. Das Terrornetzwerk gewann Tschetschenen, Tadschiken, Usbeken und Uiguren für den Kampf gegen die Nordallianz und US-Truppen in Afghanistan.⁵ In einem Schreiben an Taliban-Führer Mullah Omar aus dem Jahr 2002 soll Osama bin Laden auch auf die herausgehobene Stellung Zentralasiens im „Dschihad“ hingewiesen haben.

5 Vgl. Michael Scheuer, Central Asia in Al Qaeda's Vision of the Anti-American Jihad, 1979-2006, in: China and Eurasia Forum Quarterly 2/2006, S. 5-10.

Afghanistan wird heute zunehmend zum Rückzugsort und Transitland für Bewohner zentralasiatischer Staaten, die sich Terrormilizen wie dem sogenannten Islamischen Staat (IS) anschließen und Kampferfahrung sammeln wollen. Es dürften sich in den vergangenen Jahren mehrere Tausend Menschen aus den säkularen postsowjetischen Staaten nach Afghanistan abgesetzt haben. Eine Rückkehr dieser radikalisierten Migranten in ihre Heimatländer Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan könnte sich zu einem Risiko für die Sicherheit und Stabilität der Region entwickeln. Politisch entscheidend ist, ob es diesen Ländern aufgrund der veränderten Sicherheitslage gelingt, intensiver zusammenzuarbeiten. Die von Russland dominierte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) oder die von Russland und China dominierte Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) könnten dabei eine wichtige Rolle einnehmen, vorausgesetzt die Mitgliedstaaten nehmen eine ähnliche Sicherheitsbewertung vor.

Das Fergana-Tal: Brutstätte des zentralasiatischen Islamismus

Besonderes Augenmerk fällt auf Usbekistan. Das Land ist ein Stabilitätsanker in der Region. In dem Dreiländereck Fergana-Tal (Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan), das von verschiedenen Ethnien dicht besiedelt ist, gab es schon mehrfach Gewaltausbrüche. Bereits zu Sowjetzeiten waren im Fergana-Tal islamistische Untergrundorganisationen präsent, die zur Keimzelle der terroristischen IBU wurden. Die IBU wurde zu Beginn der 1990er Jahre von Tahir Juldaschew und Dschuma Chodschijew (alias Dschuma Namangani) gegründet. Aufgrund der säkularen Haltung der Regierung war Usbekistan zum erklärten Feind der IBU geworden. Der einstige Mullah von Namangan, Juldaschew, galt als begabter Organisator und war eine charismatische Persönlichkeit. Er wollte einen „Gottesstaat“ errichten. Namangani hatte im sowjetischen Afghanistankrieg Kampferfahrung gesammelt.⁶ 1991 forderten beide die usbekische Regierung heraus. Eine aufgeputschte Menge stürmte Behörden und öffentliche Gebäude in Namangan. Der usbekische Präsident Islam Karimow konnte den Aufstand zunächst durch Verhandlungen und dann durch hartes Durchgreifen beenden. Juldaschew und Namangani flohen nach Tadschikistan, später nach Afghanistan und Pakistan. Der pakistanische Geheimdienst soll Juldaschew finanziell unter die Arme

6 „Er [Namangani] ist in erster Linie ein Guerilla-Führer, kein islamischer Gelehrter, und er lässt sich von seinem Umfeld leicht beeinflussen, so wie er heute von den Taliban und Osama bin Laden beeinflusst ist. [...] Er ist ein guter Mensch, aber keinesfalls ein tiefgründiger Mensch oder ein Intellektueller. Er wurde eher von seinen eigenen militärischen und politischen Erfahrungen geprägt als von einer islamischen Ideologie, aber er hasst die usbekische Regierung [...]“, beschrieb ihn ein ranghoher Funktionär der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans (PIWT); zitiert in: Ahmed Rashid, *Jihad. The Rise of Militant Islam in Central Asia*, Yale, 2002, S. 143 (alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

gegriffen und ihm Zufluchtsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt haben: „Von 1995 bis 1998 residierte Juldaschew in Peschawar, dem Zentrum nicht nur pakistanischer und afghanischer islamischer Aktivisten, sondern auch panislamischer dschihadistischer Gruppen. Hier traf er mit den ‚Arabischen Afghanen‘ [...] zusammen, die ihn später bin Laden vorstellen sollten.“⁷

Von der IBU spaltete sich später die Islamische Dschihad-Union (*Islamic Jihad Union*, IJU) ab. Beide Gruppen agieren von Afghanistan und Pakistan aus. Ein Teil der militanten Mitglieder sympathisiert mit dem „Heiligen Krieg“ in anderen Ländern. Die Unterstützung Al-Qaidas und der Taliban sowie weiterer Organisationen (*Harakat ul-Ansar* und *al-Dschihad*) für die IBU gilt als sicher. Möglicherweise war es sogar Osama bin Ladens Initiative, eine usbekische Dschihad-Gruppe zur Bekämpfung der Karimow-Regierung ins Leben zu rufen.⁸

Nachdem die deutsche Polizei 2007 drei Mitglieder der IJU im Sauerland (Nordrhein-Westfalen) festgenommen hatte, mussten Sicherheitsexperten konstatieren, dass der aus Zentralasien stammende Terrorismus auch zu einer unmittelbaren Bedrohung für Deutschland geworden war. Von Namangani und Juldaschew, den früheren Anführern der IBU, geht indes heute keine Gefahr mehr aus. Namangani wurde 2001 bei einer US-amerikanischen Aktion in Nordafghanistan getötet. Juldaschew starb nach Angaben des pakistanischen Geheimdienstes 2009 durch einen amerikanischen Drohnenangriff in Südwasiristan, einer Bergregion an der pakistanisch-afghanischen Grenze. Vor seinem Tod hatte der Vertraute Osama bin Ladens auf einer DVD mit Anschlägen auf die Präsidenten Usbekistans, Kirgisistans und Tadschikistans gedroht: „Wir erinnern Karimow, Bakijew und Rachmonow daran, dass sie für die Verfolgung der Muslime bestraft werden – in diesem Leben wie auch vor dem himmlischen Gericht.“⁹

Im September 2014 sprach sich der jetzige Führer der IBU, Usman Ghazi, offen für eine Unterstützung der Terrormiliz in Syrien und im Irak aus. Die IBU wandelt sich zunehmend zu einer Dachorganisation, die auch Gruppen wie *Dschamaat Ansarullah* umfasst, die 2010 von dem IBU-Anhänger Amriddin Tabarow gegründet wurde und in Tadschikistan Mitstreiter für den Kampf in Syrien rekrutiert.¹⁰ Die IBU hat außerdem damit begonnen, im Fergana-Tal Kämpfer für den IS anzuwerben. Auch fungiert sie als Brücke für uigurische Extremisten im Westen Chinas, die Kampferfahrung in Afghanistan oder Pakistan suchen. Die IBU agiert dabei nicht ganz uneigennützig: Sie profitiert dabei von neuen Einnahmequellen und einer steigenden Anhän-

7 Ebenda, S. 140.

8 Vgl. ebenda, S. 148.

9 Zitiert in: Peter Böhm, Comeback der Islamisten, in: Südwind 12/2006, unter: <http://www.suedwind-magazin.at/comeback-der-islamisten>.

10 Vgl. International Crisis Group, Syria Calling: Radicalisation in Central Asia, Crisis Group Europe and Central Asia Briefing Nr. 72, Bishkek/Brüssel, 20. Januar 2015, unter: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/b072-syria-calling-radicalisation-in-central-asia.aspx>.

gerschaft für ihren Kampf in Zentralasien.¹¹ Kürzlich (August 2015) kursierten Meldungen, denen zufolge sich die IBU aufgelöst und ihre ehemaligen Strukturen sich dem IS untergeordnet haben.¹²

Bereits mehrfach war es in den vergangenen Jahren an verschiedenen Orten Usbekistans zu Angriffen islamistischer Terroristen gekommen. Im Februar 1999 explodierten in Taschkent sechs Bomben, wobei 16 Menschen ums Leben kamen und mehr als 100 Personen verletzt wurden. Für die Attacke soll die IBU verantwortlich gewesen sein. Die IBU setzt sich für die Errichtung eines islamischen Staates in Usbekistan und die Entlassung inhaftierter Muslime ein. In einer Deklaration der IBU vom 25. August 1999 hieß es, der Emir der IBU und Hauptkommandeur der Mudschaheddin, Muhammad Tahir Faruk, habe „den Beginn des Dschihad gegen die tyrannische Regierung Usbekistans [...] erklärt“.¹³ Im März und im April 2004 kam es erneut zu Anschlägen in Taschkent und Buchara, als Frauen mit Sprengstoffgürteln und bewaffnete Männer mehrere Polizeiposten angriffen. Dabei kamen 33 Terroristen, zehn Polizisten und vier Passanten ums Leben. Im Juli 2004 explodierten zwei Sprengsätze vor den Eingängen der US-amerikanischen Botschaft in Taschkent, denen zwei usbekische Sicherheitskräfte zum Opfer fielen. Zu allen Anschlägen bekannte sich die IJU.

Soziale Unzufriedenheit und Gegnerschaft zur säkularen Staatsführung spielen militanten Islamisten im Dreiländereck Fergana-Tal bis heute in die Hände. Russische Sicherheitsbehörden schätzen, dass zwischen 500 und 2.500 der 4.000 für den IS kämpfenden Zentralasiaten aus dem Fergana-Tal stammen. Usbeken aus Usbekistan und Kirgisistan, Letztere vor allem aus der Gegend um Osch, stellen dabei die größte Einzelgruppe. Ein Grund für den hohen Anteil an Usbeken ist der Ausbruch der Gewalt gegen ethnische Usbeken in Kirgisistan im Jahr 2010, bei dem über 400 Menschen starben. Aus Angst vor Ausgrenzung und Erpressung wagen sie oft nicht, den Staat um Hilfe zu bitten, wenn sie die Radikalisierung von Verwandten oder Bekannten beobachten. Hinzu kommt die politische und ökonomische Marginalisierung der ethnischen Usbeken in Kirgisistan. Das spielt in erster Linie radikalen Gruppierungen wie *Hizb ut-Tahrir* („Partei der Befreiung“) in die Hände.

Tadschikistans Kampf um den Säkularismus

Nach Ansicht des früheren Chefs des kirgisischen Sicherheitsapparats, Kalik Imankulow, hatte sich bereits um 2002 ein Terrornetzwerk gebildet, das als

11 Vgl. ebenda.

12 Vgl. Merhat Sharipzhan, IMU Declares It Is Now Part Of The Islamic State, Radio Free Europe/Radio Liberty, 6. August 2015, unter: <http://www.rferl.org/content/imu-islamic-state/27174567.html>; RIA Novosti, „Islamskoe dviženie Uzbekistana“ zajavilo o prisoedinenii k IG [„Islamische Bewegung Usbekistans“ erklärt ihre Mitgliedschaft im IS], 6. Oktober 2014, unter: <http://ria.ru/world/20141006/1027067431.html>.

13 The Call to Jihad by the Islamic Movement of Uzbekistan, in: Rashid, a.a.O. (Anm. 6), Anhang, Seite 247-249, hier: S. 247.

Islamische Bewegung Zentralasiens (*Islamic Movement of Central Asia*, IMCA) firmiert.¹⁴ Ihm sollen unter anderem die IBU sowie die Islamische Bewegung Ostturkestans angehören, die kirgisische, kasachische, tadschikische, afghanische, tschetschenische, usbekische und uigurische Kämpfer vereint. Das gemeinsame Ziel sei die Errichtung einer islamischen Rechtsordnung vom Kaukasus bis nach Xinjiang. Die Gründung eines „Kalifats Zentralasien“, das Usbekistan, Tadschikistan und die Kirgisische Republik umfassen soll, sei der erste Schritt auf dem Weg zur Vereinigung der Muslime Zentralasiens zu einer *Umma* (Gemeinschaft der Muslime als „islamische Nation“). Die Ausdehnung dieses Gottesstaates auf angrenzende Territorien Kasachstans, Turkmenistans und den Nordwesten Chinas sei der zweite Schritt im Kalkül der IMCA. An überregionalen Strukturen islamistischer Organisationen mangelt es in Zentralasien nicht. Die bekannteste und größte Bewegung ist die 1990 im russischen Astrachan gegründete Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIW). Sie erlangte vor allem in Tadschikistan Bedeutung.

In Tadschikistan tobte zwischen 1993 und 1997 ein blutiger Bürgerkrieg zwischen säkularen und islamistischen Kräften, der geschätzte 100.000 Todesopfer forderte. Nach dem Abschluss eines Friedensabkommens im Jahr 1997 beschlossen tadschikische Islamisten und Säkularisten eine Kooperation. Damit distanzierte sich die Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans (PIWT) von anderen islamistischen Organisationen und erhielt als einzige legale Partei ein „religiöses Mandat“ in einem zentralasiatischen Staat. Während die IBU zu einem internationalen Terrornetzwerk wurde und heute fester Bestandteil der internationalen islamistischen Bewegung ist, wandelte sich die PIWT von einer bewaffneten Opposition zu einer legalen, am konstitutionellen Aufbau Tadschikistans beteiligten Partei. Dennoch waren die Spannungen nicht überwunden. Der Präsident Tadschikistans stand vor einem schwierigen Spagat. Seine Regierung versuchte einerseits islamistische Bedrohungen im Keim zu ersticken, wobei es auch zu „Kollateralschäden“ kam und nicht islamistische oppositionelle Kräfte unter Generalverdacht gerieten. Andererseits mussten der offiziell zugelassenen Partei PIWT die im Friedensvertrag von 1997 festgehaltenen Rechte garantiert werden. Obwohl sie noch immer die einzige legale islamische Partei Zentralasiens ist,¹⁵ erfährt die PIWT seit Jahren einen Bedeutungsverlust. Schon seit längerem wird der Parteiführung von radikaleren Kräften innerhalb der Partei vorgeworfen, sie würde vor dem Säkularismus kapitulieren. Auch von der Regierung wurde sie zunehmend marginalisiert und 2011 als „fundamentalistisch“ eingestuft.¹⁶

14 Vgl. Sergei Blagov, Moscow on alert for Muslim militancy, in: Asia Times Online, 19. September 2002, unter: http://atimes.com/atimes/Central_Asia/D119Ag01.html.

15 So der Sachstand zur Zeit der Niederschrift des Beitrags. Die PIWT wurde im August 2015 verboten; vgl. Radio Free Europe/Radio Liberty, Tajik Islamic Party Banned, Given Deadline To Stop Activities, 28. August 2015, unter: <http://www.rferl.org/content/tajik-islamic-party-banned/27213877.html>.

16 Vgl. Tajikistan: Islamic Party Facing Pressure in Dushanbe, in Eurasianet, 3. Februar 2001, unter: <http://www.eurasianet.org/node/62820>.

Seit der letzten Parlamentswahl (2015) ist sie nicht mehr im Parlament vertreten.

Das Vakuum, das der Bedeutungsverlust der PIWT hinterließ, erleichterte den Aufstieg radikaler Gruppen in Tadschikistan. Die bedeutendste unter ihnen ist die *Hizb ut-Tahrir*, die auch in anderen zentralasiatischen Ländern Fuß fassen konnte. Die 1953 in Ostjerusalem gegründete islamistische Organisation agierte zunächst als ein Ableger der Muslimbruderschaft im Nahen Osten. Später erweiterte sie ihren Aktionsradius und entwickelte sich zu einem transnational operierenden Netzwerk. In mehreren Ländern, darunter auch Deutschland, hat *Hizb ut-Tahrir* Betätigungsverbot. Bereits in den 1980er Jahren gelang es *Hizb ut-Tahrir*, Propagandaschriften in die Sozialistischen Sowjetrepubliken Zentralasiens zu schleusen. Die ersten Zellen der Organisation wurden im Fergana-Tal aktiv. Von hier aus breitete sie sich auf weitere Regionen Zentralasiens aus. Da die Bevölkerung Zentralasiens kaum die arabische Sprache beherrschte und auch mit dem Gedankengut der Gruppe nur wenig anfangen konnte, passte *Hizb ut-Tahrir* sich rasch an die regionalen Gegebenheiten an. In der Region tauchten bald die ersten Übersetzungen programmatischer Schriften und Propaganda-Flugblätter der Organisation auf. *Hizb ut-Tahrir* ist heute die am schnellsten wachsende islamistische Bewegung in Zentralasien – wahrscheinlich auch deshalb, weil sie praktisch ohne Konkurrenz agieren kann. *Hizb ut-Tahrir* präsentiert sich nach außen gern als nicht gewalttätig. Dennoch verurteilt sie offen die säkulare Staatsform, die sie durch die Schaffung eines „islamischen Kalifats“ ersetzt sehen möchte, und bedient sich dabei einer aggressiven, antiwestlichen und antisemitischen Rhetorik. Sie erklärt darüber hinaus den Dschihad gegen Israel und die USA für legitim, weshalb von einem ernst gemeinten Gewaltverzicht kaum die Rede sein kann. Ideologische Anknüpfungspunkte zur Terrormiliz Islamischer Staat, die sich bereits als „Kalifat“ versteht, gibt es deshalb genug. *Hizb ut-Tahrir* lehnt politische Kompromisse ab und akzeptiert als einziges Ordnungsmodell allein einen auf der Scharia basierenden islamischen Staat. Jeder Verfassungsartikel und jegliche Rechtsprechung sollen aus der Scharia abgeleitet werden. In den Programmschriften von *Hizb ut-Tahrir* lässt sich ein Drei-Etappen-Modell der Zusammenführung aller Muslime in einem Neo-Kalifat finden, das auf einer Interpretation der historischen Mission des Propheten Mohammed bei der Gründung des ersten islamischen Staates beruht: Die erste Etappe umfasst die Rekrutierung von Muslimen, die die Propaganda der Partei in die Welt tragen. Der zweite Schritt setzt die Interaktion mit der *Umma* voraus, um diese in ihren Bemühungen um die Integration des Islams ins Alltagsleben, in den Staat und in die Gesellschaft zu unterstützen. Die dritte Etappe beschreibt schließlich den Prozess der Machtübernahme und die vollständige Umsetzung der islamischen Gesellschafts-

ordnung. Beginnend in Zentralasien sollen sich die Muslime überall erheben und zu einem Kalifat vereinigen.¹⁷

Es liegen kaum belastbare Informationen über die Mitgliederzahl von *Hizb ut-Tahrir* in Zentralasien vor. Ihre dezentralen Zellen agieren im Verborgenen, die Sicherheitsvorkehrungen werden sehr streng gehandhabt. Nur die Leiter der Zellen kennen die Entscheidungsträger der übergeordneten Strukturen. *Hizb ut-Tahrir* gilt als straff und pyramidenförmig organisiert. Die Organisationsstruktur „reicht von lokalen Basiseinheiten über regionale Organisationsebenen bis zu einer überregionalen Führung. [...] Der regionale Repräsentant wird vom Zentralen Politischen Rat auf internationaler Ebene eingesetzt.“¹⁸ Experten gehen davon aus, dass die Organisation in Zentralasien rund 25.000 Mitglieder hat.

Die Zellen der Bewegung haben in den letzten Jahren vor allem in Tadschikistan und Kirgistan maßgeblich zur Radikalisierung junger Muslime beigetragen. Auch in Usbekistan gibt es ein Radikalisierungspotenzial, allerdings arbeiten die usbekischen Sicherheitsdienste autoritär und damit effektiv, „Kollateralschäden“ eingeschlossen. An Popularität konnte *Hizb ut-Tahrir* in Zentralasien vor allem bei jungen Männern gewinnen, die kaum Arbeit und Betätigung finden können. Durch massenhafte Verbreitung von Literatur, CDs und Internetpropaganda wirbt *Hizb ut-Tahrir* für ein Kalifat. Mit der Behauptung, nur ein islamischer Staat könne die gravierenden sozialen und ökonomischen Probleme der Region lösen, stößt die Organisation auf offene Ohren.¹⁹ In Tadschikistan wurden islamistische Aktivisten von der Regierung in den vergangenen Jahren mit mehreren Anschlägen in Verbindung gebracht, so unter anderem mit einem Angriff auf ein Hochsicherheitsgefängnis im Jahr 2010.²⁰ Bei einem Polizeieinsatz gegen Extremisten konnten im Juni 2015 in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek zahlreiche illegale Propagandamaterialien sichergestellt werden, mit denen zu Terrorakten aufgerufen werden sollte. Sie wurden *Hizb ut-Tahrir* zugeordnet.²¹

Tadschikistan reagiert auf terroristische Aktivitäten mit Härte. Exemplarisch hierfür ist die groß angelegte Militäroperation, die auf den Angriff auf das Hochsicherheitsgefängnis im Jahr 2010 folgte. Zwischen September 2010

17 Vgl. Rainer Freitag-Wirninghaus, Russland, islamische Republiken des Kaukasus und Zentralasiens, in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, München 2005, S. 277-306, hier: S. 299.

18 Ebenda, S. 298.

19 Vgl. Tajikistan Country Report 2014, in: American Foreign Council, World Almanac of Islamism 2014, Lanham/Maryland 2014, S. 709-720.

20 Vgl. Andrew McGregor, Radical Islamic Groups in Central Asia and Their External Contacts, in: Central Asia and the Northern Caucasus: Salafis, Shi'ites, and Jihadists, Dubai 2014, S. 105-126 (in arabischer Sprache); eine englische Fassung findet sich in: Aberfoyle International Security, Monthly Archives: October 2014, unter: <http://www.aberfoylesecurity.com/?m=201410>.

21 Vgl. V 2015 godu v Biškeke vyjavleno 48 faktov rasprostraneniya idej RĖO „Hizb-ut-Tahrir“ – GUV D [In Bischkek gab es 2015 laut Polizeiberichten 48 Fälle von Verbreitung des Gedankenguts der religiösen Extremistengruppe „Hizb ut-Tahrir“], Kyrtag, 19. Januar 2016, unter: <http://kyrtag.kg/society/v-2015-godu-v-bishkeke-vyjavleno-48-faktov-rasprostraneniya-idey-reo-khizb-ut-takhir-guvd>.

und November 2011 kämpften Regierungstruppen im Rascht-Tal gegen islamistische Kräfte, die sich dorthin zurückgezogen hatten. Vorübergehend stellte die Regierung diesen Teil des Landes unter die vollständige Kontrolle des Militärs. Den Soldaten gelang es während der Operation, einflussreiche Islamisten zu neutralisieren und die flüchtigen Gefängnisinsassen entweder zu liquidieren oder erneut festzusetzen. Insgesamt fielen dem Militäreinsatz mehr als 100 Menschen zum Opfer.²² Nach dem Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan steht vor allem Tadschikistan im Fokus der Islamisten. Die tadschikische Grenze zu Afghanistan ist 1.300 Kilometer lang und schlecht zu sichern; ein Übertritt über den Grenzfluss Pandsch ist problemlos möglich. Hinzu kommt, dass im Nordosten Afghanistans überwiegend ethnische Tadschiken leben und grenzüberschreitende Bewegungen der Bevölkerung nur schwer zu kontrollieren sind. Es ist daher nicht auszuschließen, dass islamistische Kräfte nach Tadschikistan einsickern. In entgegengesetzter Richtung findet bereits eine Abwanderungsbewegung statt. Der tadschikische Sicherheitsdienst schätzt die Zahl der Tadschiken, die für den IS kämpfen, auf über 400. Tatsächlich könnte sie jedoch bereits weit darüber liegen. Obwohl sie landesweit rekrutiert werden, kommen die meisten Kämpfer aus den Provinzen Sughd und Khatlon. Im September 2014 verließen allein aus einem einzelnen Dorf über 20 Menschen das Land Richtung Syrien.²³

Reaktionen der zentralasiatischen Staaten

Nachdem im Mai 2015 ausgerechnet der Chef der tadschikischen Spezialeinheit „OMON“, Gulmorod Chalimov, zum IS übergelaufen war, sah sich die Regierung in Duschanbe zum Handeln gezwungen. Seitdem wird allen Tadschiken, die sich einer terroristischen Organisation im Ausland anschließen, die Staatsbürgerschaft entzogen. Die Spezialeinheit OMON ist ausgerechnet für die Terrorabwehr zuständig. Chalimov hatte mehrmals Ausbildungskurse in den USA und Russland absolviert. Er gehörte außerdem der Einheit an, die den tadschikischen Präsidenten, Emomali Rahmon, bewacht. Der Übergelaufene drohte nun, mit schwarzem Kopftuch und Maschinengewehr im Arm, über das Internet: „Hört, Amerikaner, ihr Schweine. Ich war dreimal in Amerika, und ich sah, wie ihr Kämpfer ausbildet, um Muslime zu töten [...] Wenn Gott will, komme ich mit dieser Waffe in eure Städte, in eure Häuser und töte euch.“ Gleichzeitig drohte er Russland, vor allem aber seiner früheren Heimat Tadschikistan: „Hört, ihr Hunde, Präsident und Minister, wenn ihr nur wüsstet, wie viele unserer Brüder hier sind, ungeduldig auf eine Rückkehr nach Tadschikistan wartend, um dort die Scharia einzuführen.“²⁴ Er forderte

22 Vgl. Tajikistan Country Report 2014, a.a.O. (Anm. 19), S. 714.

23 Vgl. International Crisis Group, a.a.O. (Anm. 10), S. 4.

24 Zitiert nach: Christian Weisflog, Vom US-Camp in den Jihad, in: Neue Zürcher Zeitung, 29. Mai 2015, unter: <http://www.nzz.ch/international/vom-us-camp-in-den-jihad-1.18551486>.

außerdem seine tadschikischen Landsleute auf, sich dem Kampf des IS anzuschließen.

Der Dschihad hat auch das ressourcenreiche und im regionalen Vergleich relativ stabile Kasachstan erreicht. 2011 mehrten sich Terroranschläge und Drohungen gegen das Regime im Namen einer Gruppierung, die sich „Soldaten des Kalifats“ (*Jund al-Khilāfah*, JaK) nennt und die sich in Pakistan niedergelassen hat. Nachdem am 9. November 2012 in einschlägigen Internetforen ein Interview mit dem Anführer des *Zahir Baibars Bataillons* der JaK, Rawil Kusajnow, veröffentlicht wurde, wissen Experten etwas mehr über diesen neuen Akteur des transnationalen Dschihad. Demnach besteht die JaK-Brigade aus mehreren Bataillonen, die vor allem in Afghanistan, aber auch „in anderen Teilen der Welt“ aktiv sind.²⁵ Das bestätigten im September und Oktober 2012 in Dschihad-Foren gepostete Videoaufnahmen von Angriffen auf einen US-Militärstützpunkt in der afghanischen Provinz Chost, die im Juni und Juli erfolgten. Experten mutmaßen daher, dass das *Zahir Baibars Bataillon* mit dem *Haqqani*-Netzwerk kooperiert, das Al-Kaida nahe steht. Die Gruppe interessiert sich sehr für die Entwicklungen in Kasachstan und wende einen bedeutenden Teil ihrer Ressourcen für dieses Land auf.²⁶ Laut Kusajnow besteht sein Bataillon zu 90 Prozent aus Kasachen, wobei die Zelle international ist.²⁷ „Wir glauben“, so Kusajnow, „dass die Region Zentralasien – zusätzlich zum islamischen Maghreb und Jemen – ein Kandidat dafür ist, zum Kern für die Wiederkehr des Kalifats in der Zukunft zu werden.“²⁸ Im Oktober 2013 tauchte ein weiteres Video auf, das etwa 150 angebliche Kasachen in Syrien zeigt.²⁹ Bisher setzte Kasachstan auf eher weniger harte Maßnahmen in der Hoffnung, dass steigender Wohlstand und zunehmende Aufklärung ihren Beitrag zur Terrorismusbekämpfung leisten. Doch soll Islamisten keine Toleranz entgegengebracht werden. In der Pflicht steht vor allem das liberale Kirgisistan. Hier sind die Grenzkontrollen am schwächsten und das Flughafenpersonal ist schlecht ausgebildet und bestechlich. Verdächtige Personen und das Einsickern islamistischer Ideologie werden systematisch ignoriert.

Die zentralasiatischen Länder versuchen, sich zu wappnen. Ebenso wie Tadschikistan haben auch Kasachstan und Kirgisistan den bewaffneten Kampf im Ausland und den Besuch von Trainingslagern unter Strafe gestellt. Kirgisistans Parlament hat im September 2014 ein Gesetz ausgearbeitet, das für die Teilnahme an bewaffneten Konflikten im Ausland sowie allein für den Besuch eines Trainingslagers eine Mindesthaftstrafe von acht bis fünfzehn

25 Vgl. Maseh Zarif, *Jund al Khilafah Targets Kazakhstan*, AEI Critical Threats, 15. November 2011, unter: <http://criticalthreats.org/other/zarif-jund-al-khilafah-targets-kazakhstan-november-15-2011>.

26 Vgl. Bill Roggio, *Kazakh jihadi leader seeks restoration of Islamic caliphate*, in: *The Long War Journal*, 10. November 2011, unter: www.longwarjournal.org/archives/2011/11/kazakh_jihadi_leader.php.

27 Vgl. ebenda.

28 Zitiert nach: ebenda.

29 Vgl. International Crisis Group, *Syria Calling*, a.a.O. (Anm. 10), S. 3.

Jahren vorsieht. Vom 22. bis 24. Juli 2015 haben Kirgisistan und Tadschikistan zudem in Kooperation mit Russland ein gemeinsames Manöver abgehalten und Krisensituationen simuliert. Organisatoren waren der kirgisische Grenzschutz, der Generalstab der kirgisischen Streitkräfte sowie tadschikische Grenztruppen und russische Militärexperten. Simuliert wurden der Einfall von Terroristen sowie eine massive Grenzüberschreitung von lokalen Einwohnern.³⁰ Ziel war es, die Zusammenarbeit und Kommunikation der verschiedenen Sicherheitskräfte in vertikaler und horizontaler Ebene zu verbessern.

Gemeinsame Interessen und Terrorismusbekämpfung im Rahmen überregionaler Organisationen

Russland, China, der sogenannte Westen – d.h. vor allem die USA und die Europäischen Union – und die zentralasiatischen Länder selbst haben ein gemeinsames Interesse, den sich immer totalitärer gebärdenden Islamismus einzudämmen und, mit Blick auf die Region Zentralasien, ein Einsickern von Extremisten und ihrer islamistischen Ideologie in die postsowjetischen säkularen Staaten Usbekistan, Kirgisistan, Kasachstan, Tadschikistan und Turkmenistan zu verhindern. Zentralasien ist in dieser Hinsicht eine Pufferregion zu Russland und China. Es scheint jedoch, dass sich die genannten Mächte dieser gemeinsamen Interessenlage nur begrenzt bewusst sind. Eine Kooperation zwischen dem Westen und Russland findet kaum statt. Russland und die USA, deren Verhältnis infolge der Ukraine-Krise ohnehin auf einem Tiefpunkt ist, liefern sich lieber einen Wettstreit um geopolitischen Einfluss und Militärbasen in der Region

Für Zentralasien sind derzeit zwei Organisationen von sicherheitspolitischer Relevanz: die von Russland dominierte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) sowie die von Russland und China dominierte Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).

Die OVKS ging im Mai 2002 aus dem Vertrag über kollektive Sicherheit (VKS) der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) hervor und wird manchmal als „Ost-NATO“ bezeichnet. Militärexperten kritisieren die OVKS jedoch als „Papiertiger“ ohne jegliche Zukunft.³¹ Die Hauptlast des „operativen Reagierens“ im postsowjetischen Raum tragen Russland, das nahezu für die Hälfte des OVKS-Haushalts aufkommt, und Kasachstan. Während Russland 8.000-10.000 und Kasachstan ca. 3.000 Soldaten für die Schnelle Eingreiftruppe der OVKS in Aussicht gestellt haben, wollen Tadschikistan und

30 Vgl. Organization for Security and Co-operation in Europe, Tajik border guards participate for first time at OSCE-supported simulation exercise, Bischkek, 22. Juli 2015, unter: <http://www.osce.org/bishkek/174041>.

31 Aleksandr Chramčichin, „Bumažnye tigry“ NATO i ODKB [Die „Papiertiger“ NATO und OVKS], in: Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 6. März 2009, unter: http://nvo.ng.ru/forces/2009-03-06/1_tigers.html.

Kirgisistan jeweils 300 Mann zur Verfügung stellen. Usbekistan hat bislang überhaupt keine Kräfte angeboten.³² Sollten die Bedrohungsszenarien Wirklichkeit werden und sich der islamistische Terror auf Zentralasien ausweiten, wird das kollektive Sicherheitssystem der OVKS mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sein. Trotz aller proklamierten Erfolge bei Anti-Terror-Übungen im Rahmen der OVKS³³ können die Entscheidungsträger in Russland und Zentralasien eine laut Planungen aus rund 13.000 Mann bestehende Eingreiftruppe nicht ernstlich als einen Akteur für „operatives Reagieren“ bezeichnen. Um auf Übergriffe militanter Islamisten schnell und effizient reagieren zu können, bräuchten die OVKS-Länder eingespielte, gut ausgebildete und vor allem mit modernem Kriegsgerät ausgerüstete Elitetruppen, die in kürzester Zeit mobilisiert und zur Unterstützung der nationalen Sicherheitskräfte an den Ort des Geschehens verlegt werden können.

Auch die SOZ ist kein „sicherheitspolitischer Tiger“. Die im Juni 2001 aus dem Sicherheitsregime der „Shanghai-Fünf“-Gruppe hervorgegangene Organisation hat den „drei üblen Kräften“ – Terrorismus, Separatismus und Extremismus³⁴ – zwar den Kampf angesagt und u.a. in der usbekischen Hauptstadt Taschkent ein regionales Anti-Terror-Zentrum (*Regional Anti-Terrorist-Structure*, RATS) eingerichtet. Doch die Sicherheitsarchitektur der SOZ steckt nach wie vor in den Kinderschuhen. Es fehlen klar definierte militäri-

32 Vgl. Michail Logvinov, Russlands Kampf gegen den internationalen Terrorismus, Stuttgart 2012, S. 127.

33 Vgl. Viktor Michajlov, „Rubež“ protiv terrora [Eine „Grenze“ gegen den Terror], in: Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 26. März 2010, unter: http://nvo.ng.ru/forces/2010-03-26/16_rubezh.html.

34 Die Shanghaier Konvention zur Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus und Extremismus definiert Terrorismus, Separatismus und Extremismus wie folgt:

„1) ‚Terrorismus‘ bezeichnet:

a. eine Handlung, die in einem der im Anhang zu dieser Konvention [...] aufgeführten Verträge und nach dessen Begriffsbestimmung eine Straftat darstellt;

b. eine andere Handlung, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung einer Zivilperson oder einer anderen Person, die in einem bewaffneten Konflikt nicht aktiv an den Feindseligkeiten teilnimmt, oder erhebliche Sachbeschädigungen herbeiführen soll, sowie die Organisation, Planung und Unterstützung von und Anstiftung zu einer solchen Handlung, wenn diese Handlung aufgrund ihres Wesens oder der Umstände darauf abzielt, eine Bevölkerungsgruppe einzuschüchtern, die öffentliche Sicherheit zu verletzen oder staatliche Behörden oder eine internationale Organisation dazu zu nötigen, etwas zu tun oder zu unterlassen, und die im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien strafrechtlich verfolgt wird;

2) ‚Separatismus‘ bezeichnet eine gewaltsame Handlung, die darauf abzielt, die territoriale Integrität eines Staates, auch durch die Abtrennung eines Teils seines Territoriums, zu verletzen oder einen Staat aufzulösen, sowie die Planung und Vorbereitung von oder Anstiftung zu einer solchen Handlung, und die im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien strafrechtlicher Verfolgung unterliegt;

3) ‚Extremismus‘ bezeichnet eine Handlung, die auf eine Machtübernahme oder den Machterhalt mit gewaltsamen Mitteln oder die gewaltsame Änderung der Verfassungsordnung eines Staates sowie auf die gewaltsame Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit abzielt, einschließlich des Aufbaus von und der Beteiligung an illegalen bewaffneten Verbänden zu den obengenannten Zwecken, und die im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien strafrechtlich verfolgt wird.“ Vgl. Shanghai Cooperation Organization, Shanghai Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism, 15. Juni 2001, unter: <http://www.refworld.org/docid/49f5d9f92.html>.

sche Strukturen. Die tadschikischen und kirgisischen Streitkräfte sind zudem schlecht ausgerüstet und unzureichend ausgebildet. Außerdem ist es unwahrscheinlich, dass China außerhalb der eigenen Grenzen Truppen einsetzen würde.

Fazit

Noch ist die Region Zentralasien relativ stabil. Dies erklärt sich teilweise dadurch, dass die zentralasiatischen Regime bis jetzt in der Lage sind, aufkeimenden Terrorismus in ihren autoritär geführten Ländern mit Härte zu bekämpfen. Doch ihre Fähigkeiten bröckeln, vor allem in Kirgisistan und Tadschikistan. Islamistische Netzwerke sind in Zentralasien bereits vorhanden. Die zentralasiatischen Staaten sind auf grenzüberschreitende Entwicklungen nur mäßig vorbereitet, weshalb eine engere Zusammenarbeit in Fragen regionaler Sicherheit innerhalb der bestehenden Strukturen der SOZ und der OVKS, aber auch darüber hinaus mit der NATO im Interesse ihrer gemeinsamen Sicherheit sinnvoll ist.

Tadschikistan, bereits zu Sowjetzeiten das ärmste Land im Staatenverbund der UdSSR, ist auch heute noch das ärmste Land Zentralasiens und böte radikalen Kräften am ehesten ein Einfallstor.

Der Westen, Russland, aber auch China, das in Zentralasien wirtschaftlich sehr erfolgreich und aktiv ist, müssen ihre Kräfte bündeln, um Tadschikistan und die anderen säkularen Staaten Zentralasiens im Kampf gegen die aufkeimende Terrorgefahr zu unterstützen und in ihrer Zusammenarbeit – bei Weitem nicht nur in Zentralasien – Prioritäten setzen. Die Stellvertreterkonflikte, wie sie heute z.B. in der Ukraine stattfinden, sind dabei wenig hilfreich und bündeln Energien am falschen Ort. Für einen neu aufflammenden Kalten Krieg ist angesichts der Entwicklung des Islamismus zu einer neuen totalitären Gefahr keine Zeit.

Hizb ut-Tahrir, die IBU, die Islamische Dschihad-Union, die Taliban, Al-Qaida und Islamischer Staat: Die mögliche Kooperation solcher Organisationen darf in Zentralasien keine Eigendynamik entwickeln. Ungeachtet vieler innerer Widersprüche, Defizite und Probleme sind die säkularen Länder Zentralasiens – Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisistan, Kasachstan und Turkmenistan – Partner, die der Unterstützung bedürfen – und das auch im direkten Eigeninteresse Russlands, des „Westens“ und Chinas.